

DER WISSENSCHAFTSRAT BERÄT DIE BUNDESREGIERUNG  
UND DIE REGIERUNGEN DER LÄNDER IN FRAGEN  
DER INHALTLICHEN UND STRUKTURELLEN ENTWICKLUNG DER  
HOCHSCHULEN, DER WISSENSCHAFT UND DER FORSCHUNG.

PRESSEMITTEILUNG 01 | 2020

Berlin 03.02.2020

# Dorothea Wagner neue Vorsitzende des Wissenschaftsrats

## Ergebnisse der Wintersitzungen des Wissenschaftsrats in Berlin (29.–31. Januar 2020)

Neue Vorsitzende des Wissenschaftsrats wird die am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) tätige Informatikerin **Dorothea Wagner**. Sie folgt auf die Hohenheimer Agrarökonomin Martina Brockmeier, die das Amt seit dem 1. Februar 2017 innehatte und deren Mitgliedschaft im Wissenschaftsrat turnusgemäß nach sechs Jahren endet. Dorothea Wagner ist die 21. Vorsitzende des Wissenschaftsrats und – nach Martina Brockmeier und der



Dorothea Wagner, neue Vorsitzende des Wissenschaftsrats | Foto: KIT

Ingenieurwissenschaftlerin Dagmar Schipanski – die dritte Frau in diesem Amt. Auch an der Spitze der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats gab es Änderungen: Die Dresdner Literaturwissenschaftlerin Marina Münkler wurde zur Nachfolgerin von Dorothea Wagner als stellvertretende Vorsitzende gewählt. Peter Gumbsch, Professor für Werkstoffmechanik am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), wurde in seinem Amt als Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission bestätigt. Vertreterin der Fachhochschulen bleibt die an der Hochschule Osnabrück tätige Pflege- und Hebammenwissenschaftlerin Friederike zu Sayn-Wittgenstein.

Zu den Sitzungsergebnissen im Einzelnen:

Mit der Neugründung der **Technischen Universität (TU) Nürnberg** will das Land Bayern eine Hochschule mit Modellcharakter entwickeln. Der Wissenschaftsrat hat nun zu dem Gründungskonzept Stellung genommen. Eine wissenschaftspolitische Bewertung der Gründungsentscheidung, an der er nicht beteiligt war, ist damit nicht verbunden. Das Konzept enthält nach Auffassung des Wissenschaftsrats zahlreiche überzeugende Elemente, um auf aktuelle Herausforderungen im Hochschulsystem zu reagieren. Vor allem die netzwerkartige Grundstruktur wird als zukunftsweisend bewertet. Insgesamt sieht der Wissenschaftsrat bei einigen Punkten jedoch noch Klärungsbedarf, da manche Ziele und Elemente des Gründungskonzepts noch nicht miteinander vereinbar erscheinen.

Das weltweit einmalige **Akademienprogramm**, für das im Jahr 2018 knapp 67 Millionen Euro zur Verfügung standen, übernimmt zahlreiche Funktionen, die von der Vergewärtigung des kulturellen Erbes über das Engagement für Kleine Fächer bis hin zur Unterstützung der Digitalisierung in den Geisteswissenschaften reichen. Das Förderprogramm sollte nach Auffassung des Wissenschaftsrats auch künftig verlässlich weiter finanziert werden. Empfohlen wird außerdem, das Programm in den Bereichen Personal, Diversitätsmanagement, Wissenschaftskommunikation und europäische Vernetzung strategisch-konzeptionell deutlich weiterzuentwickeln. Von besonders hoher Priorität ist es, ein programmübergreifendes Gesamtkonzept zur Digitalisierung zu erarbeiten.

Mit dem Positionspapier zur **Anwendungsorientierung in der Wissenschaft** will der Wissenschaftsrat das Kontinuum zwischen den beiden Polen Grundlagenforschung und angewandter Forschung betonen und eine Offenheit in beide Richtungen anregen. Forscherinnen und Forscher sollten sich zügig in beide Richtungen neu- und umorientieren können. Nur so können öffentlich finanzierte Wissenschaftseinrichtungen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, zunehmenden Relevanzerwartungen und zugleich der Eigendynamik von Forschungsprozessen gerecht werden. Für dringlich hält das wissenschaftspolitische Beratungsgremium unter anderem eine Flexibilisierung der bestehenden öffentlichen und privaten Förderangebote.

Nach einer schwierigen Phase, in der das **Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung** (HAIT) in Dresden auch öffentlich in der Kritik stand, befindet sich die Einrichtung seit einem 2017 erfolgten Leitungswechsel im Umbruch. In seiner jüngsten Stellungnahme unterstützt der Wissenschaftsrat die dynamische Entwicklung des Instituts nachdrücklich. Das Beratungsgremium ermuntert das HAIT dazu, den Erneuerungsprozess konsequent fortzuführen, um die guten, in Teilen auch sehr guten Forschungsleistungen weiter zu verbessern.

Erstmals binational evaluiert wurde das Berliner Forschungszentrum **Centre Marc Bloch** (CMB). Der französische Evaluierungsrat und der deutsche Wissenschaftsrat sind der Überzeugung, dass es einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung der bilateralen deutsch-französischen Wissenschaftsbeziehungen auf dem Gebiet der Geistes- und Sozialwissenschaften leistet. Es fördert damit insbesondere den Austausch zwischen den deutschen und französischen Wissenschaftskulturen und -traditionen. Die Forschungs- und Serviceleistungen der binationalen deutsch-französischen Einrichtung beurteilt der Wissenschaftsrat als sehr gut.

Darüber hinaus hat der Wissenschaftsrat während der Wintersitzungen zu einem Antrag auf Erweiterung eines Leibniz-Instituts und zu zwei Anträgen auf Aufnahme in die Leibniz-Gemeinschaft Stellung genommen: So beurteilt der Wissenschaftsrat mit dem Gesamtvotum „sehr gut“ das Erweiterungsvorhaben des **Zoologischen Forschungsmuseums Alexander Koenig – Leibniz-Institut für Biodiversität der Tiere** (ZFMK) in Bonn. Dieses Vorhaben sieht eine Zusammenführung mit dem **Centrum für Naturkunde** (CeNak) der Universität Hamburg vor. Gemeinsam wollen beide Einrichtungen künftig das neue Leibniz-Institut zur Analyse des Biodiversitätswandels (LIB) bilden, das in Bonn und Hamburg angesiedelt sein soll. Ebenfalls als „sehr gut“ bewertete er den Antrag des **Instituts für Verbundwerkstoffe** (IVW) in Kaiserslautern auf Aufnahme in die Leibniz-Gemeinschaft. Damit sind wichtige Voraussetzungen geschaffen, um die Biodiversitätsforschung sowie die Forschung und Entwicklung im Bereich neuer Werkstoffe in der Leibniz-Gemeinschaft weiter zu stärken. Auch das **Staatliche Museum für Naturkunde Stuttgart** (SMNS) hat einen Antrag auf Aufnahme in die Leibniz-Gemeinschaft gestellt. Dieser erhielt das Gesamtvotum „gut“. Die Entscheidung über die Aufnahme der beiden Institute und die Erweiterung des ZFMK liegt nun bei der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK).

**Hinweis:** Die genannten Empfehlungen und Stellungnahmen sind im Netz zum Download bereitgestellt. Sie können zudem bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrats per E-Mail ([post@wissenschaftsrat.de](mailto:post@wissenschaftsrat.de)) angefordert werden.